

Stand: 10.11.2024 16:14:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2867

"Genossenschaftliches Wohnen unterstützen: Erhalt der MARO-Wohnbaugenossenschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2867 vom 16.07.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 18.07.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3703 des HA vom 24.09.2024
4. Beschluss des Plenums 19/3819 vom 05.11.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Genossenschaftliches Wohnen unterstützen: Erhalt der MARO-Wohnbaugenossenschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend alle staatlichen Hilfsmöglichkeiten zu prüfen und offenzulegen, generationenübergreifendes, genossenschaftliches Wohnen innerhalb der Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG (MARO) weiter zu ermöglichen, sei es über die LfA Förderbank oder andere staatliche Institutionen und Instrumente.

Begründung:

Die MARO Genossenschaft mit Sitz in Ohlstadt unterhält rund 300 Wohnungen für ihre Mitglieder, die meisten davon mitfinanziert über die bayerische Wohnraumförderung, darunter Demenz-Wohngemeinschaften und auch Mehrgenerationen-Wohnprojekte. Die Wohnungen befinden sich in Weilheim, Unterhaching, Oberhaching, Dietramszell, Wolfratshausen, Unterwössen, Seefeld, Prien, Karlsfeld, Windach und Penzberg. Im Bau sind Projekte in Rosenheim, Andechs, Landsham und Wielenbach. Die Genossenschaft musste wegen einer zurückgezogenen Anschlussfinanzierung einer Bank einen Insolvenzantrag stellen und ist daher in ihrem Bestand gefährdet. Es geht dabei um einen einstelligen Millionenbetrag.

Das genossenschaftliche Wohnen bildet neben dem selbst genutzten Wohneigentum und dem Wohnen zur Miete die dritte Säule der Wohnraumversorgung. Wohnungsgenossenschaften sichern in Zeiten steigender Mieten bezahlbaren Wohnraum und tragen zur Bildung stabiler Nachbarschaften bei. Der Freistaat muss sich weiterhin engagieren, um einen Verkauf der Wohnungen zu verhindern und die Bewohnerinnen und Bewohner vor Verdrängung zu schützen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist der Antrag damit abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/2867 mit 19/2869 und 19/2934 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Schlussworte vor der Sommerpause

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Staatsministerinnen und Staatsminister und Staatssekretäre, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen der Sommerpause und jetzt stehen nur noch die Schlussworte, die wir heute gemeinsam sprechen wollen. Ich habe mir wirklich überlegt, mit welchen Worten ich gerade auf die letzten Tage eingehen will, nämlich auf das Attentat auf den ehemaligen US-Präsidenten und aktuellen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Es ist noch einiges unklar, aber klar ist auf alle Fälle: Keine politische Differenz darf dazu führen, dass die Mitmenschlichkeit verkümmert. Ich wünsche dem ehemaligen Präsidenten auch von hier alles Gute und vollständige Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wissen, dass dieses Attentat ein Einschnitt ist. Es kann die USA verändern, und es kann sogar die ganze Welt verändern. Es ist ein Einschnitt in der Geschichte der Demokratie unseres Jahrzehnts und der letzten Jahrzehnte. Es ist leider "nur" die nächste erschütternde Zuspitzung einer Entwicklung, die wir seit Jahren beobachten. Wir erleben eine Radikalisierung des politischen Diskurses. Feindseligkeit hat auch in die Politik Einzug gehalten. Das ist echt schädlich. Das widerspricht den bewährten demokratischen Gepflogenheiten, die über Jahre und über alle Parteien und Meinungsverschiedenheiten hinweg gegolten haben. Aus Populismus ist Polemik geworden, aus Polemik ist Demagogie geworden. Wenn aus Mobilisierung dann Militarisierung wird, ist die Politik am Ende. Dem müssen wir alle gemeinsam entgegenwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das letzte Wochenende war ein trauriger Tiefpunkt in der internationalen und nationalen Lage, in die die ersten Monate der neuen Legislaturperiode gefallen sind. Der schreckliche Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat nicht an Dramatik verloren. Bei den EU-Wahlen wurden radikale Kräfte gestärkt. Das hat die Demokratie auf unserem Kontinent nicht stabilisiert. Ich kann auch keine Erleichterung hinsichtlich der Wahlen in Frankreich verspüren, bei denen der befürchtete Rechtsruck zwar verhindert wurde, aber ein anderes Bündnis eingezogen ist, in dem sich Extremisten tummeln, die antideutsche, anti-europäische und auch antisemitische Tiraden durchaus von sich geben.

Auch in Deutschland ist über die letzten Jahre hinweg eine Radikalisierung zu beobachten, Enthemmung und auch Verrohung, die eben der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegenläuft. Politisch motivierte Straftaten sind auf dem Höchststand, auch gegen Polizei und gegen Rettungskräfte. Allein in Bayern sind im letzten Jahr 1.354 Anzeigen von Politikerinnen und Politikern aller Ebenen gegen Hass- und Hetzattacken eingegangen. Das betrifft Angehörige aller Parteien.

Ich will es mal ganz deutlich sagen: Debatten und auch Meinungsdivergenzen dürfen und sollen verbal durchaus ausgetragen werden. Das gehört dazu. Aber es darf keine Gefahr geben für Leib, für Leben und für die mentale Gesundheit, schon gar nicht bei denjenigen, die sich für die Gesellschaft engagieren wollen, sich in den Dienst der Menschen und des Landes stellen und für ihre politischen Überzeu-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/2867

Genossenschaftliches Wohnen unterstützen: Erhalt der MARO-Wohnbaugenossenschaft

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen regelmäßig zu berichten, welche staatlichen Hilfsmöglichkeiten möglich sind, sei es generationenübergreifendes, genossenschaftliches Wohnen innerhalb der Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG (MARO), sei es über die LfA Förderbank oder andere staatliche Institutionen und Instrumente.

Berichterstatlerin: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatler: **Maximilian Bötl**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 34. Sitzung am 24. September 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/2867, 19/3703

Genossenschaftliches Wohnen unterstützen: Erhalt der MARO-Wohnbaugenossenschaft

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen regelmäßig zu berichten, welche staatlichen Hilfsmöglichkeiten möglich sind, sei es generationenübergreifendes, genossenschaftliches Wohnen innerhalb der Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG (MARO), sei es über die LfA Förderbank oder andere staatliche Institutionen und Instrumente.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident